

gemäß §24 GO BV für die Bezirksvertretungssitzung am 28. Februar 2018 stellten die gefertigten Bezirksrät_innen folgende

RESOLUTION

WIENER BEZIRKE FÜR DAS FRAUENVOLKSBEGEHREN 2.0

Die Bezirksvertretung Josefstadt erklärt sich solidarisch mit den neun Forderungen der Initiatorinnen des neuen, österreichweiten Frauen*Volksbegehrens 2.0 und setzt sich zum Ziel, nach seinen Möglichkeiten und Zuständigkeiten aktiv zur Umsetzung der Forderungen beizutragen.

Die Bezirksvertretung des 8. Bezirk unterstützt die Initiierung des österreichweiten Frauen*Volksbegehrens 2.0 und ruft die Bezirksbürger_innen auf, aktiv die Initiative zu unterstützen (<http://frauenvolksbegehren.at/mitmachen/>). Im Zeitraum zwischen 12. Februar und 12. März 2018 können Unterstützungserklärungen für die Einleitung des Frauen*Volksbegehrens 2.0 auf den magistratischen Bezirksämtern und online mit der Bürgerkarte von allen wahlberechtigten Bürger_innen unterschrieben werden.

Die Forderungen des Frauen*Volksbegehrens 2.0 decken drei frauenpolitische Kernbereiche ab:

1) GERECHTE ARBEITSWELT

Die von Frauen* geleistete Arbeit bildet das Rückgrat unserer Gesellschaft. Oftmals ungesehen und unter- oder schlicht falsch bewertet wird die überwiegende, gesellschaftlich notwendige Arbeit von Frauen* erbracht. Diese Leistungen müssen sichtbarer, gerechter verteilt und anerkannter werden. Frauen* sollen ein sozial sicheres und ökonomisch unabhängiges Leben führen können. Notwendig dafür ist die Neubewertung und Umverteilung von Arbeit und Zeit sowie Einkommenstransparenz und -gerechtigkeit.

Macht teilen. Das ist gerecht!

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen*. Trotzdem nehmen sie an Entscheidungstischen in der Wirtschaft und in der Politik nicht die Hälfte der Plätze ein. Daher braucht es eine verpflichtende Geschlechterquote von 50 Prozent auf allen Ebenen.

Einkommensunterschiede beseitigen. Das ist gerecht!

Österreich hat nach wie vor einen der höchsten Einkommensunterschiede in der EU. Sowohl Frauen* mit Lehrabschluss, als auch Akademikerinnen* sind davon betroffen. Zur Beseitigung der Einkommensschere muss Arbeit endlich fair bewertet, die Gehaltstransparenz ausgebaut und die Vergleichbarkeit von Gehältern ermöglicht werden.

Arbeit verteilen. Das ist gerecht!

Frauen* stemmen zwei Drittel aller unbezahlten Haus- und Sorgearbeit und werden daher oft in zeitlich befristete und niedrig entlohnte Teilzeitarbeit gedrängt. Eine allgemeine 30-Stunden-Woche soll schrittweise eine gleiche Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit schaffen und ein gutes Leben für alle ermöglichen.

2) TEILHABE, RESPEKT UND WERTSCHÄTZUNG

Die Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse und Lebensumstände sind zentrale Themen für eine alltags- und frauen*gerechte Teilnahme an einflussreichen Positionen in der Wirtschaft, Politik und an der Gestaltung des öffentlichen Lebens. Durch stereotype Darstellungen von Frauen* und Männern*, beginnend bei der Sexualisierung von Kindern durch Waren, Marketing und pädagogische Konzepte werden Rollenerwartungen verstärkt und die Gleichwertigkeit der Geschlechter in Frage gestellt. Menschen sollen sich frei entwickeln und entfalten können und an der Gestaltung von Gesellschaft mitwirken können, wenn sie wollen. Notwendig sind Vielfalt, Respekt und Parität auf allen gesellschaftlichen Ebenen sowie auch Absicherung vor Armut.

Armut bekämpfen. Das ist gerecht!

300.000 Alleinerziehende – darunter 90 Prozent Frauen* – leben mit ihren Kindern in Österreich. Mehr als die Hälfte von ihnen sind armutsgefährdet. Insbesondere auch dann, wenn vom zweiten Elternteil nicht regelmäßig Kindesunterhalt gezahlt wird. Daher braucht es einen existenzsichernden staatlichen Unterhaltsvorschuss.

Wahlfreiheit ermöglichen. Das ist gerecht!

Eltern – vor allem Frauen* – können nach der Geburt oft nicht wieder Vollzeit arbeiten, weil die Möglichkeiten zur Kinderbetreuung fehlen oder zu teuer sind. Daher braucht es einen Rechtsanspruch auf kostenlose, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, die mit einem Vollzeitjob vereinbar ist – wenn die Eltern das wollen.

Vielfalt leben. Das ist gerecht!

Werbung, Spielzeug, Schulbücher: Die meisten Medien- und Kulturprodukte beschreiben Frauen* und Männer* fast ausschließlich auf klischeehafte und oft auch abwertende Weise. Es gibt "dümmlische Hausfrauen" und leicht bekleidete "Magermodels", aber nur selten eine starke und kluge Superheldin, Forscherin oder Präsidentin. Diese Rollenklischees haben nachhaltige negative Auswirkungen auf die spätere Berufswahl und stellen ernstzunehmende Gefahren für die physische und psychische Gesundheit dar. Ein Verbot sexistischer Werbung und die Förderung von respektvollen, klischeefreien Medieninhalten führt zu mehr Respekt für alle Geschlechter.

3) FAMILIE, GESUNDHEIT UND MEHR SICHERHEIT

Frauen* müssen täglich sehr viele Anforderungen erfüllen und Erwartungen gerecht werden: Beruf, Betreuungs- und Pfl egetätigkeit, Haushalt und private Sorgen. Aber auch ungewollte Schwangerschaften sowie Gewalt in Familien und anderen Nahbeziehungen oder auf der Flucht sind reale, geschlechtsspezifische Risiken. Frauen* sollen ein selbstbestimmtes und sicheres Leben führen können. Notwendig dafür sind Selbstbestimmung, der kosten- und barrierefreie Zugang zu Verhütungsmitteln, Schwangerschaftsabbrüchen, Kinderbetreuung, ein garantierter Unterhalt, Ausbau von Gewaltprävention, Gewaltschutz und die Anerkennung geschlechtsspezifischer Fluchtgründe.

Selbst bestimmen. Das ist gerecht!

Mädchen* und Frauen* sollen aufgeklärt, frei von Zwängen und unabhängig über ihre Sexualität bestimmen dürfen. Daher muss ihr Recht, frei über ihren Körper entscheiden zu können, stärker geschützt und nachhaltiger garantiert werden.

Gewalt verhindern. Das ist gerecht!

Jede fünfte Frau* über 15 ist in Österreich von körperlicher Gewalt betroffen, jede Dritte von sexueller Gewalt und sogar fast drei Viertel von sexueller Belästigung. Um diese untragbaren Zustände zu beenden, braucht es rasch eine Offensive für Gewaltprävention und -schutz.

Schutz gewähren. Das ist gerecht!

Auf der Flucht werden, insbesondere Mädchen*, Frauen* und LGBTIQ-Personen, Opfer von sexueller Gewalt und Menschenhandel. Deshalb brauchen sie besonderen Schutz, den ihnen das Asylrecht aktuell allerdings nicht ausreichend gewährt. Hier herrscht akuter Handlungsbedarf.

BEGRÜNDUNG

Frauen* machen mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus. Sie machen in unserer Gesellschaft aufgrund ihrer Sozialisierung, der nach wie vor herrschenden Rollenklischees und Aufgabenzuteilung, der Einkommensunterschiede zwischen Frauen* und Männern* und Vorurteilen andere Erfahrungen als Männer*. Ihre Lebensrealitäten und -zusammenhänge sind andere als die der Männer*.

Diese Erfahrungen und Lebensrealitäten müssen bei sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Entscheidungen berücksichtigt werden, wenn in diesem Land Politik für alle Menschen gemacht werden soll. In den entsprechenden Entscheidungsgremien nehmen Frauen* jedoch weit weniger als die Hälfte der Plätze ein. Kein Wunder also, dass die getroffenen Entscheidungen für Frauen* viel zu wünschen übrig lassen.

Vor 20 Jahren unterschrieben fast 650.000 Menschen das erste Frauen*Volksbegehren für die Gleichstellung von Frauen* in Österreich. Trotzdem ist der damalige Forderungskatalog kaum bis gar nicht erfüllt worden. Höchste Zeit für ein Frauen*Volksbegehren 2.0!